

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 26. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26

A. Problem und Ziel

Die Infrastruktur bei dem Straßengrenzübergang Furth im Wald-Schafberg – Folmava/Vollmau und der Stadt Furth im Wald ist dem stark ansteigenden Verkehr nicht mehr gewachsen.

Der Vertrag vom 26. Juli 2001 soll den Übergang über die deutsch-tschechische Grenze, die gleichzeitig EU-Außengrenze ist, erleichtern, die Zollabfertigung verbessern und beschleunigen und damit die bei diesem Grenzübergang und in der Stadt Furth im Wald bestehenden Verkehrsprobleme lösen.

B. Lösung

Der Vertrag vom 26. Juli 2001 enthält die hierfür notwendigen Regelungen. Er ermöglicht, dass die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik bestehende Grenzbrücke durch den Bau einer zusätzlichen Brücke um eine Fahrspur erweitert wird.

Der neue Vertrag ist nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll er die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes selbst nicht mit Kosten belastet. Nach dem Vertrag übernimmt die Tschechische Republik die Planung und Bauausführung der Grenzbrücke. Die Kosten bestimmen sich nach dem Verhältnis der Flächen der Grenzbrücke zwischen den Auflagerachsen und der Staatsgrenze. Der deutsche Anteil wird bei etwa 250 000,- Euro liegen.

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen für soziale Sicherungssysteme, auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Der Wirtschaft entstehen durch das Gesetz keine Kosten.

Berlin, den 23. Oktober 2002

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 26. Juli 2001 zwischen der
Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau
einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze in Anbindung an die
Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 780. Sitzung am 27. September 2002 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 26. Juli 2001
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze
in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 26. Juli 2001 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26 wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil die Regelungen in Artikel 9 des Vertrages auch Steuern betreffen, deren Aufkommen ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch die Ausführung des Gesetzes selbst werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Der deutsche Kostenanteil an der nach dem Vertrag durchzuführenden Baumaßnahme wird etwa 250 000,- Euro betragen. Durch das Gesetz entstehen weder bei der Wirtschaft noch bei sozialen Sicherungssystemen zusätzliche Kosten. Daher sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze
in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o výstavbě hraničního mostu na společných státních hranicích
s napojením na spolkovou silnici B 20 a státní silnici I/26

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika,

von dem Wunsch geleitet, den Übergang über die gemeinsame Grenze auf der Straße zu erleichtern,

vedeny přáním usnadnit překračování společných státních hranic po silnici,

in der Absicht, die Zollabfertigung zu verbessern und zu beschleunigen –

s úmyslem zlepšit a urychlit celní odbavování,

sind wie folgt übereingekommen:

se dohodly takto:

Artikel 1

Gegenstand des Vertrags

(1) An dem Grenzübergang in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26 wird im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik die bestehende Grenzbrücke durch den Bau einer zusätzlichen Brücke um eine Fahrspur erweitert (im Folgenden als „Grenzbrücke“ bezeichnet).

(2) Die Vertragsstaaten stellen die Grenzbrücke nach Möglichkeit im Jahre 2001–2002 fertig.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Voruntersuchungen und Geländeaufnahmen führen die Vertragsstaaten jeweils in ihrem Hoheitsgebiet und auf ihre Kosten durch.

(2) Die Tschechische Republik übernimmt

- a) Planung,
 - b) Ausschreibung,
 - c) Auftragsvergabe,
 - d) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
 - e) Bauüberwachung,
 - f) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen und
 - g) Entwurf der Kostenteilung nach Maßgabe dieses Vertrags
- für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesrepublik Deutschland.

(3) Die Grenzbrücke wird nach den in der Tschechischen Republik geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Vorschriften vereinbaren.

Článek 1

Předmět smlouvy

1) Na hraničním přechodu s napojením na spolkovou silnici B 20 a na státní silnici I/26 se na výsoštném území Spolkové republiky Německo a na výsoštném území České republiky rozšíří stávající hraniční most o jeden jízdní pruh výstavbou dalšího mostu (dále jen „hraniční most“).

2) Smluvní státy dokončí podle možnosti hraniční most v roce 2001 – 2002.

Článek 2

Příprava a provedení stavby

(1) Průzkumné práce a geodetické zaměření provedou smluvní státy každý na svém výsoštném území a na své náklady.

(2) Česká republika převezme

- a) přípravu,
 - b) vypsání výběrového řízení,
 - c) zadání zakázky,
 - d) přezkoumání realizačních podkladů,
 - e) stavební dozor,
 - f) přezkoumání fakturace smluvních výkonů a
 - g) návrh rozdělení nákladů podle ustanovení této smlouvy
- pro hraniční most vždy po dosažení shody se Spolkovou republikou Německo.

(3) Hraniční most bude připravován, realizován a převzat podle norem a stavebních předpisů platných v České republice. Pro jednotlivé části stavby mohou smluvní státy dohodnout použití německých předpisů.

(4) Eine eventuelle Änderung des Verlaufs der gemeinsamen Staatsgrenze aus Anlass des Baus der Grenzbrücke bedarf eines besonderen Vertrags zwischen den Vertragsstaaten.

Artikel 3

Baugenehmigung und Grunderwerb

(1) Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, dass rechtzeitig die nach seinen Rechtsvorschriften zum Bau der Grenzbrücke erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse vorliegen und die Abnahmen durchgeführt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat sorgt auf seine Kosten dafür, dass in seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

(3) Die Vermessung und die Vermarkung der benötigten Grundstücke führt jeder Vertragsstaat in seinem Hoheitsgebiet und auf seine Kosten durch.

Artikel 4

Abnahme

Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von der Tschechischen Republik nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten Recht der Tschechischen Republik in Anwesenheit der Auftragnehmer abgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird bei der Abnahme durch die zuständigen Behörden vertreten sein. Die Tschechische Republik überwacht die Gewährleistungsfristen für die Grenzbrücke und macht Gewährleistungsansprüche auch namens der Bundesrepublik Deutschland geltend.

Artikel 5

Erhaltung

(1) Zur Erhaltung gehören Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung.

(2) Mit der Abnahme der Grenzbrücke übernimmt jeder Vertragsstaat in seinem Hoheitsgebiet die Unterhaltung der Grenzbrücke einschließlich der Verkehrssicherung und des Winterdienstes auf seine Kosten.

(3) Ab dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt übernimmt die Tschechische Republik die Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke. Die Grenze für diese Tätigkeiten ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Diese Maßnahmen erfolgen im Einvernehmen mit der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können über Art, Umfang und Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 gesonderte Vereinbarungen schließen.

Artikel 6

Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Bau, die Instandsetzung und die Erneuerung der Grenzbrücke, soweit die Grenzbrücke in seinem Hoheitsgebiet liegt. Die Kostenanteile bestimmen sich nach dem Verhältnis der Flächen der Grenzbrücke zwischen den Auflagerachsen und der Staatsgrenze. Bei der Aufteilung der Kosten ist die tschechische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Tschechischen Republik getragen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik Verwaltungskosten in Höhe von zehn vom Hundert der nach Absatz 1 auf sie entfallenden Bau-, Instandsetzungs- und Erneuerungskosten ohne tschechische Mehrwertsteuer.

(3) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt.

(4) Případná změna průběhu společných státních hranic z důvodu výstavby hraničního mostu vyžaduje zvláštní smlouvu mezi smluvními státy.

Článek 3

Stavební povolení a výkup pozemků

(1) Každý smluvní stát zajistí, aby byla včas vydána povolení a schválení a provedeny přejímky podle jeho právních předpisů, potřebné ke stavbě hraničního mostu.

(2) Každý smluvní stát zajistí na vlastní náklady, aby na jeho výsostném území byly včas k dispozici pozemky trvalého a dočasného záboru, potřebné pro stavbu hraničního mostu.

(3) Zaměření a vytyčení potřebných pozemků provede každý smluvní stát na svém výsostném území a na své náklady.

Článek 4

Přejímka

Po dokončení stavebních prací bude hraniční most převzat Českou republikou podle českého práva, používaného pro veřejné stavební zakázky, za účasti zhotovitelů. Spolková republika Německo bude při přejímce zastoupena příslušnými orgány. Česká republika bude dohlížet na záruční lhůty hraničního mostu a bude uplatňovat záruční požadavky i jménem Spolkové republiky Německo.

Článek 5

Údržba

(1) Údržba se skládá z provozní údržby, stavební údržby a obnovy.

(2) Přejímkou hraničního mostu převezme každý smluvní stát na svém výsostném území a na své náklady provozní údržbu hraničního mostu včetně zajištění bezpečnosti a zimní údržby.

(3) Od okamžiku uvedeného v odstavci 2 převezme Česká republika stavební údržbu a obnovu hraničního mostu. Hranicí pro tuto činnost je konec hraničního mostu včetně krajní opěry na výsostném území Spolkové republiky Německo. Tyto činnosti budou prováděny ve vzájemné shodě se Spolkovou republikou Německo.

(4) Příslušné orgány smluvních států mohou o druhu, rozsahu a provádění údržbových prací podle odstavců 1 až 3 sjednat zvláštní ujednání.

Článek 6

Náklady

(1) Každý smluvní stát hradí náklady na stavbu, stavební údržbu a obnovu hraničního mostu tou měrou, jakou leží hraniční most na jeho výsostném území. Podíly na nákladech se určují podle poměru ploch hraničního mostu mezi osami ložisek a státními hranicemi. Při rozdělování těchto nákladů nebude zohledněna česká daň z přidané hodnoty, která je obsažena v nákladech. Tuto daň ponese jen Česká republika.

(2) Spolková republika Německo uhradí České republice správní náklady ve výši deseti procent nákladů na stavbu, stavební údržbu a obnovu, připadající na ni podle odstavce 1, bez české daně z přidané hodnoty.

(3) Existující podklady potřebné pro přípravu hraničního mostu budou dány bezúplatně vzájemně k dispozici.

Artikel 7 Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden. Ein Zeitplan für die Fälligkeit und die voraussichtliche Höhe der Abschlagszahlungen wird bei Auftragsvergabe erstellt.

(2) Die Tschechische Republik wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im Voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlussabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark beziehungsweise Euro zu dem am Fälligkeitstag gültigen Kurs der Tschechischen Nationalbank.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Bauverträge, Bestellkunden und geprüften Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8 Betretungsrecht

(1) Die beim Bau der Grenzbrücke beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und Staatsangehörigen von Staaten, die in keinem der beiden Vertragsstaaten und in keinem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne dass sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt. Visumpflichtige Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, wenn ihnen ein Visum erteilt worden ist und sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt.

(2) Die in Absatz 1 genannten Arbeitnehmer unterliegen den tschechischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an in der Tschechischen Republik beschäftigte ausländische Staatsangehörige, unabhängig davon, ob die Arbeiten im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Tschechischen Republik ausgeführt werden.

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingereist sind und die

- a) die Bestimmungen dieses Vertrags verletzt haben oder
- b) sich dort rechtswidrig aufhalten,

jederzeit formlos zurückzunehmen. Auf das Abkommen vom 3. November 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze wird hingewiesen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

Článek 7 Platby

(1) Spolková republika Německo uhradí České republice svůj podíl na splátkách, které budou v souladu s postupem stavebních prací poskytovány zhotovitelům. Časový plán pro splatnost a předpokládanou výši splátek bude sestaven při zadávání zakázky.

(2) Česká republika sdělí Spolkové republice Německo dva měsíce předem odhadovanou finanční potřebu pro splátkování a současně ji bude informovat o stavu plateb formou přehledů, ve kterých budou uvedeny výše a termíny plateb.

(3) Spolková republika Německo uhradí zbytek svého podílu na nákladech po konečné přejímce a vyúčtování.

(4) Všechny platby se uskuteční v německých markách resp. v EURO v kurzu České národní banky platném ke dni splatnosti.

(5) Při rozdílných názorech nemohou být zadržovány nesporné částky.

(6) Spolková republika Německo obdrží stejnopisy stavebních smluv, objednávek a přezkoušených podkladů pro vyúčtování.

Článek 8 Právo vstupu

(1) Na stavbě hraničního mostu se podílející státní příslušníci smluvních států a státní příslušníci států, kteří v žádném z obou smluvních států a v žádném z členských států Evropské unie nepodléhají vízové povinnosti, smějí ke splnění úkolu podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště hraničního mostu a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsošném území druhého smluvního státu, aniž by k tomu potřebovali povolení k pobytu, pokud u sebe mají platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy. Státní příslušníci jiných států, kteří podléhají vízové povinnosti, smějí ke splnění úkolu podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsošném území druhého smluvního státu, pokud jim bylo uděleno vízum a mají u sebe platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy.

(2) Zaměstnanci uvedení v odstavci 1 podléhají českým právními předpisy o udělování povolení k zaměstnání zahraničním státním příslušníkům zaměstnaným v České republice bez ohledu na to, zda práce budou prováděny na výsošném území České republiky nebo Spolkové republiky Německo.

(3) Smluvní státy se zavazují, převzít kdykoliv bez formalit zpět osoby, které na základě této smlouvy vstoupily na výsošné území druhého smluvního státu a které

- a) porušily ustanovení této smlouvy, nebo
- b) se tam protiprávně zdržují.

Odkazuje se na Dohodu mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o zpětném přebírání osob na společných státních hranicích ze dne 3. listopadu 1994.

(4) Jednotlivé otázky k udržení bezpečnosti a pořádku v prostoru staveniště hraničního mostu budou řešeny místně příslušnými pohraničními orgány ve vzájemné shodě.

(5) Die Absätze 1, 3 und 4 gelten entsprechend für die Maßnahmen zur Erhaltung der Grenzbrücke. Absatz 2 gilt entsprechend für die Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke.

Artikel 9

Steuer- und Zollbestimmungen

(1) Der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst gelten, soweit sie sich in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erstrecken, für die Anwendung des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland und des Mehrwertsteuerrechts der Tschechischen Republik als Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Grenzbrücke oder für ihre Instandsetzung und Erneuerung bestimmt sind.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentliche Verwaltung.

(3) Die zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung auf der Grenzbrücke selbst aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften enthalten sind. Im Übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

Artikel 10

Datenschutz

Unter Beachtung des nationalen Rechts jedes Vertragsstaates erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Vertrags nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

- a) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- b) Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Vertrag bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

(5) Odstavce 1, 3 a 4 platí obdobně pro opatření k údržbě hraničního mostu. Odstavec 2 platí přiměřeně pro stavební údržbu a obnovu hraničního mostu.

Článek 9

Daňová a celní ustanovení

(1) Prostor staveniště hraničního mostu a po jeho dokončení hraniční most samotný, pokud se nacházejí na výsoštném území Spolkové republiky Německo, se považují pro uplatnění právních předpisů České republiky o dani z přidané hodnoty a právních předpisů Spolkové republiky Německo o dani z obratu za výsoštné území České republiky, pokud se jedná o dodávky předmětů a ostatních výkonů, určených pro stavbu hraničního mostu nebo pro jeho stavební údržbu a obnovu.

(2) Na zboží, které bude dováženo z výsoštného území jednoho smluvního státu na výsoštné území druhého smluvního státu nebudou s výjimkou cel uplatňovány žádné dovozní poplatky, pokud toto zboží bude použito na výstavbu nebo údržbu hraničního mostu. Toto platí od zahájení stavby, Jistoty se nepožadují. První věta neplatí při dovozu zboží pro veřejnou správu.

(3) Zboží potřebné pro výstavbu nebo pro údržbu hraničního mostu nepodléhá při dovozu žádným zákazům a omezením.

(4) Příslušné daňové a celní orgány obou smluvních států se vzájemně vyzoomí a poskytnou si všechny potřebné informace a podporu při uplatňování svých vnitrostátních právních a správních předpisů v rámci ustanovení odstavců 1 až 3. Zástupci těchto orgánů jsou oprávněni zdržovat se na staveništi hraničního mostu a po jeho dokončení na hraničním mostě samotném a provádět tam opatření v rámci ustanovení odstavců 1 až 3, která jsou obsažena v jejich vnitrostátních právních a správních předpisech. V ostatním zůstávají příslušná výsoštná práva smluvních států nedotčena.

Článek 10

Ochrana osobních údajů

Předávání a použití osobních údajů (dále jen „údaje“) se při respektování vnitrostátních právních předpisů každého smluvního státu provádí v rámci této smlouvy podle následujících ustanovení:

- a) Přijímající orgán podá předávajícímu orgánu druhého smluvního státu na vyzvání informaci o použití předaných údajů a o výsledcích tím dosažených.
- b) Použití údajů příjemcem je přípustné pouze pro účely stanovené touto smlouvou a za podmínky stanovených předávajícím orgánem. Kromě toho je přípustné použití k zamezení a stíhání závažných trestných činů a pro účely ochrany před závažným ohrožením veřejné bezpečnosti.
- c) Předávající orgán je povinen dbát na správnost předávaných údajů, jakož i na potřebnost a přiměřenost ve vztahu k účelu, který je sledován jejich předáním. Přitom je třeba dbát na zákazy předávání dané příslušnými vnitrostátními právními předpisy. Předání údajů se neuskuteční, pokud má předávající orgán důvod se domnívat, že tím dojde k porušení vnitrostátního zákona nebo že budou omezeny zájmy dotčené osoby, které zasluhují ochrany. Pokud se prokáže, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být předány, je třeba to neprodleně sdělit příjemci. Ten je povinen je opravit nebo zničit.

- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- e) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- f) Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem nationalen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- d) Dotčenému se na jeho žádost podají informace o údajích o jeho osobě a o předpokládaném účelu jejich použití. Poskytnutí těchto informací může být odmítnuto, pokud zájem státu neposkytnout informace převažuje nad zájmy žadatele. V ostatním se řídí právo dotčeného na získání informací podle vnitrostátních právních předpisů toho smluvního státu, na jehož výsoštném území se o informace žádá.
- e) Pokud je někdo protiprávně poškozen v důsledku předání údajů v rámci výměny osobních údajů podle této smlouvy, odpovídá mu v této věci přijímající orgán podle vnitrostátních právních předpisů jeho státu. Ve vztahu k poškozenému se ke svému vyvinění nemůže odvolávat na to, že poškození bylo způsobeno předávajícím orgánem.
- f) Předávající orgán upozorní při předání údajů na lhůty archivace těchto údajů stanovené jeho vnitrostátními právními předpisy, po jejichž uplynutí musí být údaje zlikvidovány. Nezávisle na těchto lhůtách je třeba zlikvidovat předané údaje, jakmile nejsou dále potřebné k účelu, pro který byly předány.
- g) Předávající a přejímající orgán zajistí vedení evidence o předání a převzetí údajů.
- h) Předávající a přejímající orgán jsou povinny účinně chránit předávané údaje před nepovolaným přístupem, nepovolanými změnami a nepovolaným zveřejněním.

Artikel 11

Gemischte Kommission

(1) Die Vertragsstaaten können eine Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke bilden. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus jeweils drei ständigen Mitgliedern sowie aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten weiteren Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Namen des Leiters ihrer Delegation in der Gemischten Kommission sowie die der drei ständigen Mitglieder mit. Jeder Delegationsleiter kann die Gemischte Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats ersuchen, die Unterlagen vorzulegen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Die Gemischte Kommission fasst ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 12

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Sollte es den zuständigen Behörden nicht gelingen, Meinungsverschiedenheiten beizulegen, ist, soweit möglich, eine Regelung durch die Vertragsstaaten herbeizuführen.

Článek 11

Smišená komise

(1) Smluvní státy mohou vytvořit smíšenou komisi pro stavbu hraničního mostu. Ta se skládá z obou vedoucích delegací, ze tří stálých členů každé strany a z dalších členů, vyslaných každým smluvním státem na zasedání. Smluvní státy si vzájemně sdělí jméno vedoucího své delegace a jména tří stálých členů ve smíšené komisi. Vedoucí každé delegace může požádáním vedoucího druhé delegace svolat zasedání smíšené komise pod svým předsednictvím. Zasedání se musí na jeho přání uskutečnit nejpozději do jednoho měsíce po doručení této žádosti.

(2) Smíšená komise má za úkol objasňovat otázky spojené se stavbou hraničního mostu a předkládat smluvním státům doporučení.

(3) Každá delegace ve smíšené komisi může požádat příslušné orgány druhého smluvního státu o předložení podkladů, které považuje za potřebné k přípravě závěrů smíšené komise.

(4) Smíšená komise přijímá své závěry ve vzájemné shodě.

Článek 12

Rozdílné názory

Rozdílnost názorů týkající se výkladu nebo provádění této smlouvy budou řešit příslušné orgány smluvních států. Příslušné orgány smluvních států mohou za tímto účelem požádat o stanovisko smíšenou komisi. Nepodaří-li se příslušným orgánům tyto rozdílnosti názorů urovnat, budou je řešit pokud možno smluvní státy.

Artikel 13**Schlussbestimmung**

Die Vertragsstaaten vollziehen diesen Vertrag durch ihre jeweils zuständigen Behörden.

Artikel 14**Inkrafttreten**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Kalendermonats, der auf den Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden folgt, in Kraft.

Artikel 15**Geltungsdauer und Vertragsänderungen**

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Vertrags erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluss bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Änderung des Vertrags oder seine Aufhebung und Neuregelung verhandeln.

Geschehen zu Praha/Prag am 26. Juli 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Článek 13**Závěrečné ustanovení**

Smluvní státy budou provádět tuto smlouvu prostřednictvím svých příslušných orgánů.

Článek 14**Vstup v platnost**

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny co nejdříve v Berlíně.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne druhého kalendářního měsíce následujícího po dni výměny ratifikačních listin.

Článek 15**Doba platnosti a změny smlouvy**

(1) Tato smlouva se sjednává na dobu neurčitou. Může být změněna, doplněna nebo zrušena jen ve vzájemné shodě mezi smluvními státy.

(2) Pokud dojde při provádění smlouvy ke značným obtížím nebo pokud se podstatně změní podmínky existující při jejím uzavření, budou smluvní státy na požádání jednoho smluvního státu jednat o změně smlouvy nebo o jejím zrušení a nové úpravě.

Dáno v Praze/Prag dne 26. července 2001 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Andreas Meitzner

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Schling

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der am 26. Juli 2001 in Prag nach mehrjährigen Verhandlungen unterzeichnete Vertrag soll den Übergang über die deutsch-tschechische Grenze bei dem Straßengrenzübergang Furth im Wald-Schafberg – Folmava/Vollmau erleichtern und die Zollabfertigung verbessern und beschleunigen. Zu diesem Zweck sieht er vor, die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik bereits bestehende Grenzbrücke durch den Bau einer zusätzlichen Brücke um eine Fahrspur zu erweitern. Dadurch soll die Infrastruktur bei diesem Grenzübergang und in der Stadt Furth im Wald, die dem stark ansteigenden grenzüberschreitenden Verkehr nicht mehr gewachsen ist, insgesamt verbessert werden.

Nach dem Vertrag übernimmt die Tschechische Republik die Planung und Ausführung der Baumaßnahme.

II. Besonderes

Artikel 1 beinhaltet den Vertragsgegenstand, nämlich die bestehende Grenzbrücke durch den Bau einer zusätzlichen Brücke um eine Fahrspur zu erweitern.

Artikel 2 bestimmt, dass die Tschechische Republik die Planung und Bauausführung übernimmt.

Artikel 3 erlegt jedem Vertragsstaat auf, die nach seinen Rechtsvorschriften für die Baumaßnahme erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse einzuholen sowie auf seine Kosten dafür Sorge zu tragen, dass in seinem Hoheitsgebiet die für den Bau benötigten Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artikel 4 regelt das Abnahmeverfahren nach Abschluss der Bauarbeiten für die Grenzbrücke und bestimmt, dass die Tschechische Republik Gewährleistungsansprüche auch namens der Bundesrepublik Deutschland geltend macht.

Artikel 5 definiert in Absatz 1 den Begriff der Erhaltung der Grenzbrücke, bestimmt in Absatz 2, dass mit der Abnahme der Grenzbrücke jeder Vertragsstaat in seinem Hoheitsgebiet die Unterhaltung der Grenzbrücke einschließlich der Verkehrssicherung und des Winterdienstes auf seine Kosten zu übernehmen hat und verpflichtet in Absatz 3 die Tschechische Republik, nach Abnahme der Grenzbrücke zu deren Instandsetzung und Erneuerung.

Artikel 6 regelt die Kostenverteilung. Danach trägt jeder Vertragsstaat die Kosten für den Bau, die Instandsetzung und die Erneuerung der Grenzbrücke, soweit

diese in seinem Hoheitsgebiet liegt. Dabei bestimmen sich die Kostenanteile nach dem Flächenverhältnis der Grenzbrücke zwischen den Auflagerachsen und der Staatsgrenze. Nach Absatz 1 bleibt bei der Aufteilung der Kosten die tschechische Mehrwertsteuer unberücksichtigt; sie wird allein von der Tschechischen Republik getragen.

In Artikel 7 sind die Zahlungsmodalitäten geregelt und festgelegt, dass alle Zahlungen in Deutscher Mark beziehungsweise in Euro zu dem am Fälligkeitstag gültigen Kurs der Tschechischen Nationalbank erfolgen sollen.

Artikel 8 enthält in Absatz 1 die grenzpolizeilichen Voraussetzungen für das Betreten des Hoheitsgebietes des jeweiligen anderen Vertragsstaates innerhalb der Baustelle. Nach Absatz 2 unterliegen die beim Bau der Grenzbrücke tätigen Arbeitnehmer den tschechischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an in der Tschechischen Republik beschäftigte ausländische Staatsangehörige, unabhängig davon, ob die Arbeiten im deutschen oder im tschechischen Hoheitsgebiet ausgeführt werden. Absatz 3 verpflichtet die Vertragsstaaten unter Hinweis auf das deutsch-tschechische Rückübernahmeabkommen vom 3. November 1994 zur formlosen Zurücknahme von Personen, die auf Grund des Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingereist sind und die Bestimmungen des Vertrags verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten.

Artikel 9 enthält Erleichterungen im Bereich des Steuer- und Zollrechts. In Absatz 1 ist festgelegt, dass der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach deren Fertigstellung die Grenzbrücke selbst, soweit sie sich in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erstrecken, für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts und des tschechischen Mehrwertsteuerrechts als Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik gelten, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen oder sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Grenzbrücke oder ihre Instandsetzung und Erneuerung bestimmt sind. Dadurch werden steuertechnische Schwierigkeiten für die an der Baumaßnahme beteiligten Unternehmen vermieden. Absatz 2 ermöglicht, dass für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaats in das des anderen eingeführt werden, mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben werden, soweit die Waren zum Bau oder zur Erhaltung der Grenzbrücke verwendet werden. Nach Absatz 3 unterliegen diese Waren bei ihrer Einfuhr keinen Verboten und Beschränkungen. Absatz 4 ermächtigt die Vertreter der jeweils zuständigen Steuer- und Zollbehörden, sich auf der Baustelle und nach Fertigstellung auf der Grenzbrücke selbst aufzuhalten und die Maßnahmen im Rahmen der Absätze 1 bis 3 zu treffen,

die nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgeesehen sind.

Artikel 10 enthält die Datenschutzregelungen, sofern auf Grund des Vertrags nach Maßgabe des jeweiligen nationalen Rechts personenbezogene Daten übermittelt und verwendet werden.

Nach Artikel 11 haben die Vertragsstaaten die Möglichkeit zur Bildung einer Gemischten Kommission. Eines der ständigen Mitglieder der deutschen Delegation in dieser Gemischten Kommission nach Absatz 1 ist ein Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, der auch der Ständigen deutsch-tschechischen Grenzkommission als Mitglied angehört. Die Gemischte Kommission soll nach Absatz 2 Fragen hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke klären und den Vertragsstaaten Empfehlungen unterbreiten.

Artikel 12 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.

Nach Artikel 13 vollziehen die Vertragsstaaten den Vertrag durch ihre jeweils zuständigen Behörden. Beide Seiten haben als zuständige Behörden im Sinne dieses Artikels folgende Ressorts benannt, die als Ansprechpartner auch koordinierend tätig werden:

auf deutscher Seite die Bundesministerien der Finanzen und des Innern,

auf tschechischer Seite die Ministerien für Verkehr und Fernmeldewesen, der Finanzen und des Innern.

Die Artikel 14 und 15 enthalten die Vorschriften über Ratifikation, Inkrafttreten, Kündigung und Geltungsdauer des Vertrags sowie über mögliche Vertragsänderungen.

